

Zuwanderungspolitik ist Arbeitsmarktpolitik – das haben einst die emotionalen Diskussionen über die deutsche Greencard und das Zuwanderungsgesetz gezeigt. Deutlich wird dies auch durch die neu entfachte Zuwanderungsdebatte vor dem Hintergrund des bevorstehenden Wahlkampfes.

Parteien am äußeren linken und rechten Rand des politischen Spektrums versprechen, deutsche Arbeitnehmer durch eine Verringerung der Zahl von Zuwanderern zu beschützen. Vor kurzem verkündete etwa der bayerische Innenminister, Günther Beckstein, dass ihm eine CSU-Politik „ohne Zuwanderung“ vorschwebt, während der Spitzenkandidat des neuen Linksbündnisses, Oskar Lafontaine, Zuwanderer als unerwünschte „Fremdarbeiter“ bezeichnete. Kritik an der Zuwanderungspolitik der gegenwärtigen Bundesregierung ist durchaus angebracht. Auch ihr Ziel ist es, mit dem seit Anfang Januar gültigen Zuwanderungsgesetz die internationale Wanderung von Arbeitskräften aus Nicht-EU Staaten zu Gunsten nationaler Wirtschaftsinteressen zu steuern. Das Gesetz wird allerdings nicht helfen, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen oder das Lohnniveau der arbeitenden Bevölkerung zu erhalten.

Die Schwachstellen einer Politik, die Zuwanderung mit der Steuerung des Arbeitsmarkts zu verknüpfen sucht, kann am Beispiel Kanada verdeutlicht wer-

## Außenansicht

# Zuwanderung drückt soziale Standards\*

Von Harald Bauder

den. Dieses Land betreibt seit Jahrzehnten eine Einwanderungspolitik, die auf nationale wirtschaftliche Vorteile ausgerichtet ist. Nach einem Punktesystem werden jährlich mehr als 100 000 hoch gebildete und qualifizierte Migranten ausgewählt, welche die kanadische Wirtschaft international wettbewerbsfähiger machen sollen. Da ausländische Diplome und Berufserfahrung von den zuständigen kanadischen Fachverbänden und Arbeitgebern jedoch oft nicht anerkannt werden, arbeiten viele dieser Zuwanderer unterhalb ihrer Qualifikationen im Niedriglohnbereich.

Statistiken zeigen, dass Zuwanderer bis zu 30 Prozent weniger verdienen als Nicht-Zuwanderer mit vergleichbarer Ausbildung. Kanadische Arbeitgeber

können sich also über kompetente Arbeitskräfte freuen, die für relativ niedrige Löhne arbeiten. Zudem sind die meisten Migranten aufgrund ihrer sozialen Verletzbarkeit hoch motivierte Arbeitnehmer, die flexible Arbeitszeiten und gegebenenfalls auch unbezahlte Überstunden hinnehmen. In Kanada geborene Arbeitnehmer müssen sich auf Dauer den niedrigeren Löhnen und schlechteren Arbeitsbedingungen anpassen. Zuwanderer und Kanadier untergraben sich im Wettlauf um die niedrigsten Löhne und flexibelsten Arbeitsstunden gegenseitig ihre Existenzgrundlage.

Obwohl der ursprüngliche Vorschlag der Kommission unter Leitung von Rita Süssmuth auch ein Punktesystem nach kanadischem Vorbild enthielt, wurde dieses System letztendlich nicht in das deutsche Gesetz aufgenommen. Dennoch sind sich deutsche Regierungsmitglieder mit ihren kanadischen Kollegen über die Ziele einig.

Während etwa Bundesinnenminister Otto Schily die „besten Köpfe“ nach Deutschland holen möchte, erhofft sich der ehemalige Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, Michael Rogowski, die „Zuwanderung von dringend gesuchten Fachleuten“. Ebenso wünschte sich die ehemalige kanadische Immigrationsministerin Elinor Caplan „the best and brightest“, die besten und klügsten Arbeitsmigranten für Kanada.

Der Versuch, die nationale Wirtschaft durch gesteuerte Zuwanderung wieder in Schwung zu bringen, spiegelt sich auch im deutschen Zuwanderungsgesetz wieder. Insbesondere gewährt das Gesetz ausländischen Unternehmern eine Aufenthaltserlaubnis, wenn sie mindestens eine Million Euro in Deutschland investieren und zehn Arbeitsplätze schaffen. Über ein ähnliches Programm sind bereits 300 000 Investoren und Unternehmer seit 1978 nach Kanada eingewandert. In den 90er Jahren hat sich allerdings gezeigt, dass ein erfolgreicher Unternehmer in Hong Kong nicht auch ein erfolgreicher Unternehmer in Toronto sein muss. Viele dieser Investoren verloren ihr Geld, zahlreiche Unternehmer mussten ihre Betriebe schließen oder betreiben heute kleine Gemüseläden mit wenigen Angestellten und geringem Profit. Bis zu 50 Prozent dieser „Business-Immigranten“ mussten nach ihrer Ankunft in Kanada mit Einkommen unter der Armutsgrenze auskommen.

Auf den ersten Blick ergibt sich eine bescheidene Bilanz der kanadischen Zuwanderungspolitik. Die Erfahrungen zeigen, dass es schwierig ist, Zuwanderung genau auf den nationalen Bedarf an Arbeitskräften abzustimmen. Dies wird auch in Deutschland nicht gelingen. Wenn man sich aber die hiesige Zuwanderungspolitik unter dem Gesichtspunkt der Arbeitsmarktflexibilisierung betrachtet, zeichnet sich ein anderes Bild

ab. Durch Zuwanderung stehen der nationalen Wirtschaft flexible, motivierte und oft hoch gebildete Arbeitskräfte zur Verfügung. Während kanadische Betriebe profitieren, müssen kanadische Arbeitnehmer und deren Familien allerdings die Gürtel enger schnallen.

In traditionellen Zuwanderungsländern wie Kanada gehört die geregelte Zuwanderung von hoch gebildeten Arbeitsmigranten längst zum Standardwerkzeug neoliberaler Wirtschaftspolitik. Mit dem Zuwanderungsgesetz hat Deutschland nun versucht nachzuziehen. Zuwanderer haben in Deutschland auch schon vor dem Zuwanderungsgesetz einen wichtigen wirtschaftlichen Beitrag geleistet. Da ihnen der Zugang zu gehobenen Arbeitsstellen oft versperrt blieb, beschränkte sich ihr Beitrag vor allem auf die unteren Segmente des Arbeitsmarktes. Der in diesen Segmenten entstandene Konkurrenzkampf hat auch die Anti-

Zuwanderungstimmung in der deutschen Öffentlichkeit geschürt. Die gegenwärtige Anwerbung von Unternehmern, hoch qualifizierten Experten und Managern wird aber keine Abhilfe für Arbeitslose und Niedriglohnverdiener schaffen. In der globalen Marktwirtschaft konkurrieren Arbeitnehmer miteinander, egal ob sie nach Deutschland einwandern oder im Ausland bleiben.

Anstatt zu versuchen, internationale Wanderungsbewegungen für nationale wirtschaftliche Interessen auszunutzen, sollten Arbeitnehmer die Idee der internationalen Solidarität wieder aufgreifen. Diese Rückbesinnung auf einen klassischen Grundwert der Arbeiterbewegung wäre mit Blick auf die vor kurzem entfachte Kapitalismusdebatte durchaus angebracht. Sie sollte vor allem auch in Gysis und Lafontaines neuem Linksbündnis Gehör finden. Der fortschreitenden Polarisierung in reich und arm, hoch bezahlt und arbeitslos wird man nur auf globaler Ebene wirksam entgegenzutreten können. Eine internationale Migrationspolitik sollte nationalen Interessen übergeordnet werden. Besonders wichtig wäre dabei, dass die Zuwanderungspolitik Deutschlands, der EU und anderer Industriestaaten mit den Arbeitgebervertretern weniger entwickelter Auswanderungsländer abgestimmt wird. Wie die Migrantenströme selbst, muss auch Migrationspolitik trans- und postnational gestaltet werden.



Harald Bauder ist Associate Professor der Geographie an der University of Guelph in Kanada. Er ist derzeit zu Gast an der Universität Stuttgart.  
Foto: privat

\* ursprünglicher Titel: Zuwanderung und Globalisierung